

Bernd Marin

Der Standard, 15. Juni 2010

Krisenrisiken bis 2029

„2009 ist nicht 1929“ schrieb ich im vorigen Frühjahr, und das trifft vorerst weiter zu. Doch bis 2029 leider viel weniger, als wir wünschen würden.

Könnte es sein, dass das Schlimmste an globalem Finanzcrash und weltweiter Rezession doch nicht hinter uns liegt? Dass die Krise nicht bewältigt, sondern nur in eine neue Phase transformiert wurde? Dass der zaghafte Aufschwung von tiefliegenden Schwächen untergraben wird? Dass Regierungen Verschuldungskaskaden nur temporär auffangen, sich selbst aber nicht retten können und Gläubigern wie Bürgern schmerzlichste Umschuldungen drohen ?

Keine der Hauptursachen ist bisher gelöst: massive Privatverschuldung; schon vor der Staatsschuldenexpansion unfinanzierte Zahlungsversprechen an Bürger in alternden Gesellschaften; und Welthandelsungleichgewichte. Nicht nur das erinnert an die 1930er Jahre, wo das starre Festhalten an unerreichbaren Zielen (wie Entschuldung, Goldstandard) und das Machtvakuum im Wechsel der Hegemonialmächte England - USA, heute: USA – China die Krise verstärkten. Wie teuer kam Zeitverlust aus Führungsschwäche der EU bei der Rettung des Kleinmitglieds Hellas?

2010 sind alle entwickelten Volkswirtschaften, der größte Teil der Weltökonomie schwerer verschuldet als 1929 oder je in Friedenszeiten: und zwar Privathaushalte mit weit über ein Jahreseinkommen noch mehr als Staaten; und die reichsten Länder auf Kosten der ärmeren. Das aufgeben zu müssen wird den Aufschwung nicht beflügeln, außer

die BRIC-Länder verzichteten auf ihr Exportmodell für Handelsbilanzüberschüsse.

Auswege aus der Staatsverschuldung gleichen einem Minenfeld: was immer Regierungen tun oder nicht, Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen, zuviel, zu wenig, zu früh, zu spät, könnte über unterschiedliche Mechanismen dieselbe Wirkung einer Schwächung des Aufschwungs haben.

Grundsätzlich müssen alle Länder umlernen, gerade bewährte, jeweils tiefst sitzende Gewohnheiten und Werte aufgeben: Amerikaner müssten mehr sparen, Chinesen aufwerten und mehr konsumieren, Deutsche weniger angstsparen, Wohlfahrtsstaaten unhaltbare Zusagen einschränken, alle Länder öffentliche Haushalte reduzieren und auf Investitionen, F&E umschichten. Doch genau an der Unfähigkeit, Vertrautes bei geänderten Umständen plötzlich als riskant zu erkennen und aufzugeben zugunsten unerprobter Neuerungen sind die Staaten nach 1929 gescheitert und in die Große Depression geschlittert.

Gibt etwas Wachstum Mut zu Innovationen, zu unpopulären, aber nötigen Anpassungen – oder bestärkt es nur falsche Gefühle der Sicherheit und selbstzerstörerische Starrheit? Brauchen wir – wie nach 1930 – Katastrophen bevor wir lernen, was einfach unmöglich ist (Goldstandard und volle Schuldentilgung damals, ungedeckte Transfer-/Pensionszusagen heute) und sind wir zu schmerzlichen, heute noch „undenkbaren“ Änderungen nur unter dem Druck akuter Krisenzuspitzung bereit?

Werden wir Wohlfahrtsstaaten nachhaltig umbauen und sichern, indem Leistungsversprechen schrittweise wieder auf eine wettbewerbsfähige Steuerbasis zurückgeführt werden?

Oder werden solche Überlebensnotwendigkeiten erst durch wirtschaftliche Dramen, Umbrüche, von außen aufgezwingene Umwälzungen wie Restrukturierungen oder Währungsreformen und Vermögensvernichtung diesmal breiter Bevölkerungsschichten möglich sein?